

# Global Media Journal

## German Edition

ISSN 2196-4807

Vol. 4, No. 1, Spring/Summer 2014

URN:nbn:de:gbv:547-201400288

## **Israel: A *jewish state* or a *state for all its citizens*? Eine diskursanalytische Untersuchung der arabisch-palästinensischen Minderheit und ihrer Beziehung zum israelischen Staat**

**Johanna Hartung & Patricia Lange**

**Abstract:** Die Studie befasst sich mit dem politischen Diskurs über die aktuellen sozialen und politischen Probleme im Zusammenleben zwischen palästinensisch-arabischen und jüdischen Israelis. Ziel ist es herauszufinden, wie die Politik des Staates Israel gegenüber der arabischen Minderheit im eigenen Staat in den Medien dargestellt und bewertet wird. Zu diesem Zweck wird mittels einer Diskursanalyse die Berichterstattung der englischsprachigen israelischen Tageszeitungen *Jerusalem Post* und *Haaretz* über das 2011 verabschiedete *Admissions Committee Law* untersucht. Das Gesetz gibt Gemeinden mit weniger als 400 Haushalten in den Regionen Galiläa und Negev das Recht, Auswahlkommissionen zu bilden und potentielle Einwohner auf ihre Eignung für das Leben in der Gemeinde zu prüfen.

Im medienvermittelten Diskurs spielt die ethnische und kulturelle Zugehörigkeit jüdischer und arabischer Israelis eine wichtige Rolle, wobei eine Grenzziehung auf Basis des kulturellen Bewusstseins erfolgt. Die Analyse zeigt somit, dass sich der zentrale Konflikt, der das Zusammenleben der jüdisch-israelischen Mehrheit und der arabischen Minderheit bestimmt, um die Frage nach dem Charakter des Staates Israel dreht. Soll Israel a *jewish state* oder a *state for all its citizens* sein? Diese Grundüberlegung bestimmt das Handeln des Staates auf der einen Seite und die Forderungen der arabischen Minderheit nach Gleichberechtigung auf der anderen Seite.

**Keywords:** Israel, Palästinensisch-arabische Minderheit, Minderheitenpolitik, kulturelle Identitäten, Diskursanalyse

### **1. Einleitung**

Als Ende Juli 2013 in Washington Israelis und Palästinenser<sup>1</sup> auf Einladung des US-Außenministers John Kerry neue Friedensgespräche aufgenommen haben, saß eine Gruppe wieder nicht mit am Tisch. Und doch werden sich die Ergebnisse der

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Gespräche in entscheidendem Maße auf diese Gruppe auswirken. Die Rede ist von der palästinensisch-arabischen Minderheit<sup>2</sup>, die einen israelischen Pass besitzt und in Israel lebt. Mit den Palästinensern teilen sie die gemeinsame Herkunft und Religion, mit den Israelis die Staatsbürgerschaft. Von den Palästinensern trennt sie die israelische Staatsbürgerschaft, von den Israelis die Herkunft und Religion. Die zwischen beiden Seiten aufgeriebene palästinensisch-arabische Minderheit gilt deswegen als der große Verlierer des Nahostkonflikts (Schmidt-Matern 2009).

Mit etwa 1,6 Millionen machen die palästinensisch-arabischen Israelis knapp 20 Prozent der Bevölkerung Israels aus. Demgegenüber kommt ihnen nach eigener Ansicht in der politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung des Landes eine geringe Bedeutung zu. Das Zusammenleben zwischen arabischen und jüdischen Israelis wird in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert, auch und vor allem vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren auf politischer Ebene aufgetauchten und umstrittenen Frage nach dem Charakter des israelischen Staates als *jewish state* oder als *state for all its citizens* (Rekhes 2008, S. 8).

Das Forschungsinteresse der Studie fokussiert auf die aktuellen sozialen und politischen Probleme, die sich im Zusammenleben zwischen arabischen und jüdischen Israelis zeigen, und den politischen Diskurs darüber. In der Studie wird gefragt, wie die Politik des Staates Israel gegenüber der arabischen Minderheit in den englischsprachigen israelischen Printmedien dargestellt und bewertet wird. Die empirische Untersuchung erfolgt auf Basis der medienvermittelten politischen Argumentation über ein Gesetz, das das räumliche Zusammenleben von jüdischen und arabischen Israelis regelt. Das *Admissions Committee Law* erlaubt es Gemeinden mit weniger als 400 Haushalten in den Regionen Galiläa und Negev, Auswahlkommissionen zu bilden und potentielle Einwohner auf ihre Eignung für das Leben in der Gemeinde zu prüfen.

Zwar ist die Forschung über die arabische Minderheit umfangreich – es gab in den letzten Jahren zahlreiche Veröffentlichungen von Autoren verschiedener Disziplinen – jedoch ergibt sich die Relevanz der Fragestellung aus einem spezifischen Fokus auf den medienvermittelten Diskurs. Medien gelten als „Katalysatoren und Transmissionsriemen öffentlicher Diskurse“ (Rosenthal 2000, S. 196), denn ihnen wird die Fähigkeit zugesprochen, die öffentliche Meinung über die berichteten Themen zu prägen sowie die Reaktion der Öffentlichkeit darauf zu beeinflussen (Avraham 2003, S.8).

Zur Untersuchung des politischen Diskurses über die Ziele der Minderheitenpolitik im Staat Israel dient daher die Methode der Diskursanalyse, da sie sich als die für das Forschungsproblem angemessenste Methode erwiesen hat. Die Diskursanalyse zeichnet sich durch eine Vielzahl an Herangehensweisen aus und bedient sich unterschiedlicher Werkzeuge – aus diesem Grund wird für

---

<sup>2</sup> Im Rahmen der vorliegenden Arbeit drücken die Begriffe palästinensisch-arabische Minderheit und arabische Minderheit das Gleiche aus und werden wechselseitig verwendet. Gleiches gilt für die Begriffe palästinensisch-arabische Israelis und arabische Israelis.

die vorliegende Arbeit auf Instrumente verschiedener Schulen zurückgegriffen. Dies sind die kritische Diskursanalyse nach Jäger (1999) aufgrund ihrer Systematisierungsleistung sowie aus thematischen Gründen die Toposanalyse nach Wengeler (2003) und die Analyse von Diskursen der Differenz nach Matouschek et al. (1995).

Zentral für die Diskursanalyse ist ihre Einbettung in den gesellschaftlichen Kontext. Zu diesem Zweck wird, nach einer Darstellung der theoretischen Grundlagen des medienvermittelten Bildes von Staat-Minderheits-Beziehungen, in die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe der palästinensisch-arabischen Minderheit eingeführt und die in den letzten Jahren veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten zum Verhältnis des israelischen Staates und der arabischen Minderheit systematisiert. Anschließend wird in Abschnitt 4 das Fallbeispiel beschrieben. In Abschnitt 5 wird die Methode der Diskursanalyse erläutert und in Abschnitt 6 in der empirischen Analyse auf das Fallbeispiel angewendet. In der Diskussion werden schließlich die empirischen Ergebnisse vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Literatur eingeordnet und bewertet.

## **2. Theoretischer Hintergrund**

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, zu einem differenzierten Bild des wechselseitigen Verhältnisses zwischen der israelischen Mehrheitsgesellschaft und der arabischen Minderheit im Dreieck zwischen politischen Akteuren, Massenmedien und Publikum zu gelangen. Der Fokus der empirischen Untersuchung liegt auf der Frage, wie sich der öffentliche Diskurs über die Minderheitenpolitik des israelischen Staates gestaltet. Als Ausgangsbasis für die empirische Untersuchung werden zwei theoretische Perspektiven in den Blick genommen: die Frage nach der Interaktion einer ethnischen Minderheit mit der Mehrheitsgesellschaft sowie nach deren Teilhabe am öffentlichen Diskurs und ihrer massenmedialen Darstellung.

Der Begriff der ethnischen Minderheit bezeichnet eine Gemeinschaft und ihre Mitglieder, die sich durch Abstammung, Religion oder Sprache von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet. Mit dem Begriff sind Fremdheit, kulturelle Distanz und die Verschiedenheit dieser Gruppe von der „Mainstream“-Gesellschaft verbunden, Aspekte, die sich relativ zum Kontext der Mehrheitsgesellschaft verhalten sowie zur Stellung der Minderheit in der gesellschaftlichen Hierarchie eines Landes (Trebbe 2009, S. 23). Die Frage, wie gesellschaftliche Minderheiten und Mehrheiten entstehen, ist Ergebnis sozialer Konstruktionsprozesse, die vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung politischer Herrschafts- und ökonomischer Machtverhältnisse ablaufen (Pfetsch & Weiß 2000, S. 119). Dabei ist der Unterschied zwischen einer freiwilligen und einer unfreiwilligen Minderheit nach Adoni et al. (2002) von besonderer Relevanz. Im Gegensatz zu freiwilligen Minderheiten, die auf eigenen Wunsch in ihr Gastland

kommen, wird als unfreiwillig eine Minderheit bezeichnet, die sich durch Kolonialisierung oder Versklavung herausbildet und die in der Regel die Interaktion der Mehrheit gegenüber ihnen als eine der Unterdrückung und Diskriminierung wahrnimmt. Die arabische Minderheit in Israel ist ein Beispiel für eine solche unfreiwillige Minderheit (Adoni et al. 2002, S. 538).

Darüber hinaus spielen kulturelle Werte eine wichtige Rolle bei der Bildung einer Gemeinschaft und ihrer Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen. So finden sich ethnische Gruppen oft in bestimmten Gebieten zusammen und etablieren eigene Sphären, die sich durch einen charakteristischen Gebrauch von Wohnraum und der Nutzung öffentlicher Plätze auszeichnet (Pfetsch 1999, S. 4).

Die Frage nach der Interaktion einer ethnischen Minderheit mit der Mehrheitsgesellschaft nimmt Bezug auf verschiedene Praktiken von Integration, die durch Begriffe wie Assimilation, Adaption, Eingliederung oder - mit negativer Konnotation - Separation, Segregation und Marginalisierung beschrieben werden (Trebbe 2009, S. 37). Diese Praktiken basieren auf theoretischen und teilweise ideologischen Überzeugungen von gesellschaftlicher Entwicklung, sozialer Differenzierung und den Ursachen von Mehrheits-Minderheits-Konstellationen (Pfetsch & Weiß 2000, S. 118). Diese unterschiedlichen Vorstellungen und darauf aufbauenden Strategien zeigen sich in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, von denen der rechtliche, politische, Bildungs-, Arbeitswelt-, und materielle Bereich die wichtigsten sind (Pfetsch 1999, S. 3). In diesen Bereichen kann die Minderheitenpolitik eines Staates Maßnahmen ergreifen, um bestehende Strukturen zu stabilisieren oder zu verändern.

Zur Untersuchung der Minderheitenpolitik lässt sich dabei der sozialstrukturelle Ansatz, der sich mit Fragen der Gleichberechtigung, Wohnraumproblemen und Anti-Diskriminierung beschäftigt, heranziehen. Im normativen Kern des sozialstrukturellen Ansatzes steht die Gleichstellung aller gesellschaftlichen Gruppen, unabhängig ihrer ethnischen Herkunft, im Hinblick auf den Zugang zu wichtigen, meist ungleich verteilten Ressourcen und den Positionen, die an diese Ressourcen häufig gebunden sind. Dabei ist insbesondere auch die Untersuchung des Konzepts der Staatsbürgerschaft im Rahmen des Nationalstaats relevant. Die Interaktion der Minderheit mit der Mehrheit stellt der sozialstrukturelle Ansatz nicht als einseitiges Problem der Minderheit dar, sondern bezieht Mehrheit und Minderheit als aktive Teile des Prozesses ein (Pfetsch 1999, S. 3).

Der zentrale Mechanismus für die Interaktion zwischen Minderheit und Mehrheit ist Kommunikation. Massenmedien sind dabei zum einen relevant für diesen Prozess, weil sie öffentliche Diskurse zum Verhältnis von Staat und Minderheiten übertragen und festlegen, welche Themen, welche Akteure und Meinungen an die Öffentlichkeit gelangen. Zum anderen sind Massenmedien ein Kommunikationskanal für gesellschaftliche Gruppen und dient diesen dazu, einen Diskurs innerhalb der Minderheits- wie der Mehrheitsgesellschaft zu erzeugen (Pfetsch 1999, S. 5). Medien sind daher als Vermittler, Beförderer, Behinderer und Spiegel gesellschaftlicher Integrationsprozesse in aller Munde (Trebbe 2009, S. 11).

Auf welche Art und Weise wird die gesellschaftliche Realität der Interaktion zwischen Mehrheit und Minderheit in den Medien repräsentiert? Haben Vertreter der ethnischen Minderheit Teil am öffentlichen Diskurs und gestalten ihn mit, wie es das repräsentative bzw. partizipatorische Modell von Öffentlichkeit formuliert? Im Folgenden wird der gesellschaftliche und politische Kontext der arabischen Minderheit im israelischen Staat anhand aktueller wissenschaftlicher Arbeiten dargestellt, um das zu untersuchende Gesetz und den darüber entstandenen medial vermittelten Diskurs einordnen und in der Diskussion die aufgeworfenen Fragen beantworten zu können.

### **3. Die arabische Minderheit und ihre Beziehung zum israelischen Staat**

Die Analyse der Beziehung zwischen dem israelischen Staat und der palästinensisch-arabischen Minderheit zeigt, dass sich der zentrale Konflikt, der das Leben der israelischen Mehrheit und der arabischen Minderheit bestimmt, um die Frage nach dem Charakter des Staates Israel dreht. Soll Israel *a jewish state* oder *a state for all its citizens* sein? Diese Grundüberlegung bestimmt das Handeln des Staates auf der einen Seite und die Forderungen der arabischen Minderheit nach Gleichberechtigung auf der anderen Seite. Trotz rechtlich geregelter Gleichheit beider Gruppen in der Unabhängigkeitserklärung wurde von Anfang an eine zweigleisige Politik im Staat gelebt. Seit 2009 wurden zahlreiche diskriminierende Gesetze verabschiedet, die den arabischen Israelis das Leben im Staat sowie die gesellschaftliche Teilhabe erschweren bzw. nicht möglich machen.

Von wissenschaftlicher Seite ist die Situation der palästinensisch-arabischen Israelis in den letzten Jahren in einer großen Zahl von Veröffentlichungen thematisiert worden. In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Entwicklungen und Standpunkte nachvollzogen, ohne dabei auf die gesamte Literatur einzugehen. In Bezug auf die arabische Minderheit sind sich die Autoren darin einig, dass es in den letzten Jahren entscheidende Änderungen im kollektiven Selbstverständnis der arabischen Bürger in Israel und in den sich daraus ergebenden Beziehungen zum jüdischen Staat gab (Mendilow 2012, S. 143). Die Autoren gewichten jedoch die Entwicklungen, die sie zur Erklärung dieser Änderungen hinzuziehen, unterschiedlich (Ghanem 2012, S. 363). So fokussieren Peleg und Waxman (2011) sowie Reiter (2009) auf die Auswirkungen des israelisch-palästinensischen Konfliktes auf die arabische Minderheit und Frisch (2011) konzentriert sich auf den Konflikt selbst. Haklai (2011) legt den Schwerpunkt auf die Entwicklungen innerhalb Israels und Jamal (2011) befasst sich mit den Prozessen innerhalb der arabischen Minderheit – um die wichtigsten neu erschienenen Werke einzuordnen. Erwähnenswerte Autoren darüber hinaus sind Majid Al-Haj, As'ad Ghanem und Ilan Pappé. Die Autoren kommen aus unterschiedlichen akademischen Disziplinen und bringen ihre eigenen Sichtweisen in den wissenschaftlichen Diskurs ein. Die Mehrheit der genannten Autoren gehört selbst zur arabischen Minderheit.

Die Sichtweise des israelischen Staates auf dessen Beziehung zur arabischen Minderheit werden vor allem von zwei Autoren stark vertreten. Efraim Karsh, Professor am King's College in London sowie an der Bar-Ilan-Universität in Ramat Gan, hat zahlreiche Werke zur Situation der arabischen Israelis veröffentlicht. Seiner Ansicht nach hat sich in den letzten Jahren eine Radikalisierung der arabischen Minderheit ergeben, deren vorläufigen Höhepunkt die Oktober-Demonstrationen im Jahr 2000 symbolisieren. Ungerechtfertigte Forderungen sowie Missachtung der israelischen Institutionen sind für ihn die prägenden Entwicklungen (2013). Elie Rekhess, Professor an der Tel-Aviv-Universität, unterstützt diese Ansicht und betont die Bedeutung Israels als *jewish state*. Er fordert die Anerkennung dieses Status' durch die arabische Minderheit (2007).

In Israel leben heute etwa acht Millionen Menschen (Stand: Dezember 2013, vgl. Auswärtiges Amt 2013). Da Israel historisch "quasi auf Einwanderung gebaut" (Schneider 2009) ist, sind die Einwohner durch eine starke ethnische, religiöse, kulturelle und sozial äußerst vielfältige Struktur gekennzeichnet. Als bedeutendste Minderheit zählt in Israel die arabische Minderheit, da sie mit 1,6 Millionen Menschen 20,69% der Bevölkerung zählt (Stand: Dezember 2013, vgl. Auswärtiges Amt 2013). Die Beziehung zwischen dem Staat Israel und der arabischen Minderheit ist durch zahlreiche Höhen und Tiefen gekennzeichnet. Die zionistischen Gründungsväter Israels haben die arabische Minderheit immer als Teil des jüdischen Staates angesehen und so formulierte Ze'ev Jabotinsky, Begründer des nationalistischen Zionismus, 1923 die Forderung, "Arabs and Jews were to share both the prerogatives and the duties of statehood, notably including military and civil service; Hebrew and Arabic were to enjoy the same legal standing; and in every cabinet where the prime minister is a Jew, the vice-premiership shall be offered to an Arab and vice versa" (Karsh 2013, S. 5). Der Zionismus, die politische Ideologie, auf deren Basis Israel gegründet wurde, sieht *Jews* nicht als Religion, sondern definiert *Jews* als ethnische Gruppe. Die gemeinsame Religion diene zwar als Identitätsmerkmal für viele, die im Ausland lebten, jedoch macht dies nicht die jüdische Gemeinschaft aus (Gorenberg 2008, S. 27). Dieses Grundverständnis des Zionismus ist von besonderer Bedeutung, wenn es um die Frage geht, ob Israel *a jewish state* - ein Staat vor allem für die Mehrheitsgesellschaft oder *a state for all its citizens* - ein Staat für die Mehrheit und die Minderheiten sein soll. In der Unabhängigkeitserklärung 1948 wurden die gleichen sozialen und politischen Rechte für die arabischen und die jüdischen Bürger formuliert.

"From the designation of Arabic as an official language, to the recognition of non-Jewish religious holidays as legal resting days for their respective communities, to the granting of educational, cultural, judicial, and religious autonomy, Arabs in Israel may well enjoy more formal prerogatives than ethnic minorities anywhere in the democratic world, not to mention the Middle East and the Muslim world" (Karsh 2013, S. 7).

Doch mit dem Rückkehrgesetz von 1950, welches jedem Juden in der Welt das Recht gibt, nach Israel einzuwandern, und der gelebten Praxis in Israel wurde eine

eindeutige Priorität zugunsten der jüdischen Bevölkerung im neuen Staat gelegt. Von Beginn an wurde, entgegen der Grundsätze, eine zwiespältige Politik gegenüber der Minderheit realisiert.

Zwar erhielten alle im Land gebliebenen Araber die volle Staatsbürgerschaft und damit verbunden das aktive und das passive Wahlrecht, doch durch die vorherrschenden Konflikte mit den arabischen Nachbarstaaten wurde der arabische Bevölkerungsanteil stets als Bedrohung und Sicherheitsrisiko für den eigenen Staat und dessen innere Stabilität wahrgenommen und dementsprechend behandelt (Peleg & Waxman 2011, S. 217). In diesem Zusammenhang ist auch das Selbstverständnis und die Betonung der historischen Zugehörigkeit zum palästinensischen Volk durch die arabische Minderheit von Bedeutung<sup>3</sup>. Die kulturelle Kluft und die Betonung der verschiedenen Identitäten verhindert eine Integration in den Staat und das gesellschaftliche Leben. Neben der palästinensischen Nationalbewegung ist für die arabischen Israelis auch ihre israelische Staatsbürgerschaft prägend. Wissenschaftlicher sprechen von einer *double periphery* (Al-Haj 1993, S. 73), weil sich die arabische Minderheit in beiden Kreisen am Rand befindet und von der Mitte misstrauisch beäugt wird. Ihre Position an der Schnittstelle zwischen Israel und Palästina führt dazu, dass der israelisch-palästinensische Konflikt Einfluss hat auf die Beziehung des Staates Israel zu seinen arabischen Bürgern und umgekehrt, was der Situation eine große Spannung verleiht (Peleg & Waxman 2011, S. 217).

Für die letzten Jahre stellt Klein (2010) eine Verschiebung des israelisch-palästinensischen Konflikts von einem Konflikt über Grenzen und territoriale Ansprüche hin zu einem ethnischen Konflikt zwischen Palästinensern/Arabern und Israelis/Juden fest: "Rather than a conflict between two neighbouring states, it [Israel] finds itself embroiled in a domestic conflict between two or more ethnic communities under one government" (Klein 2010, S. 121). Daraus ergibt sich, dass der israelische Staat seine Staat-Minderheits-Beziehungen vor allem vor dem Hintergrund von Israels Sicherheit betrachtet (Frisch 2011) und jedes in Frage stellen des jüdischen Charakters des Staates als strategische Bedrohung wahrnimmt und als illegitim interpretiert.

Dagegen sieht die arabische Minderheit ihre grundlegenden individuellen und kollektiven Rechte im Staat Israel gefährdet. Insbesondere neue Initiativen der jüdischen Parteien, auf Verfassungsebene Israel als ethnischen jüdischen Staat festzuschreiben, sind für sie problematisch (Jamal 2009, S. 493). Schon jetzt unterscheidet sich Israel von anderen demokratischen Staaten darin, so Jamal (2009, S. 494), dass der Status der arabischen Minderheit über der Verfassung stehenden Norm der jüdischen Souveränität untergeordnet sei. Die in dieser Haltung verabschiedeten Gesetze, die mit der 2009 beginnenden Regierung von Netanyahu und Lieberman zunahmen, übertrugen sich in eine *de facto*

---

<sup>3</sup> Diese Zugehörigkeit kommt auch sprachlich zum Ausdruck, indem viele der genannten Autoren den Begriff palästinensische Israelis statt arabische Israelis verwenden.

Verbannung der arabischen Minderheit von effektiver demokratischer Beteiligung und schrieben ihren minderwertigen Status in der Ordnung des Staates fest (Jamal 2009, S. 500).

Historisch baut der Staat Israel auf Bildung, gemeinsamer Sprache, Religion und Militär als zentrale Elemente der Integration auf. Die arabischen Bürger teilen jedoch keinen dieser Bereiche mit der jüdischen Mehrheit. Im Bildungswesen gibt es getrennte Schulen für arabische und jüdische Kinder, Arabisch ist als zweite offizielle Sprache anerkannt und vom Militärdienst sind arabische Israelis, je nach Sichtweise, befreit bzw. ausgeschlossen. Dieser "Verzicht" auf den Militärdienst sorgt für viel Unmut in beiden Bevölkerungsteilen. Die jüdischen Israelis kritisieren, dass die arabischen Israelis diese Zeit für ihre universitäre und berufliche Ausbildung nutzen können, während die arabischen Israelis den Ausschluss aus einer der wichtigsten Institutionen und der damit verbundenen Vorteile kritisieren.

Besonderer Ausdruck der Fragilität der Beziehung zwischen dem israelischen Staat und der palästinensisch-arabischen Minderheit sowie ihrer unterschiedlichen Sichtweisen stellen die Oktober-Demonstrationen im Jahr 2000 dar. Zahlreiche Araber protestierten für mehr soziale Gerechtigkeit im Land. Durch Diskriminierungen in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen fühlten sie sich als "Bürger zweiter Klasse". Für mehr als 10 Tage legten die Demonstranten das gesellschaftliche Leben lahm – sie blockierten Straßen, boykottierten Geschäfte und demonstrierten durch Jerusalem. Dass die Proteste am 01.10.2000 – dem Jüdischen Neujahrsfest – begannen, wurde jedoch von jüdischer Seite ebenso kritisch gesehen, wie die Forderungen selbst. Die Forderungen wurden als haltlos beschrieben und als anti-israelisch sowie verräterisch dargestellt, denn der israelische Staat betont stets die enormen Entwicklungen, die die arabische Minderheit in Bereichen wie Bildung und Gesundheitswesen unter seiner Fürsorge erreicht habe. Sinkende Neugeborenensterblichkeit sowie wachsende Lebenserwartung, einen Anstieg der Schulabschlüsse sowie eine bessere schulische Betreuung als in israelischen Schulen sind nur einige Beispiele, die von israelischer Seite für die Verbesserung des Lebensstandards der arabischen Minderheit im Land hervorgebracht werden (vgl. Karsh 2013, S. 9).

Auf der politischen Ebene haben alle arabischen Israelis das Stimmrecht für die Knesset, das Parlament – ein Umstand, so argumentiert Jamal (2009, S. 496), den der israelische Staat nutze, um einerseits einen Beweis für die Einbindung der arabischen Minderheit ins politische System zu liefern. Andererseits spielen die arabischen Abgeordneten aufgrund ihrer zahlenmäßig schwachen Vertretung im Parlament de facto bei politischen Entscheidungen keine Rolle. Der Staat Israel führe die arabischen Abgeordneten der arabischen Bevölkerung vor, indem er sie zu Gefangenen der Mehrheitsentscheidungen des Parlaments mache (Jamal 2009, S. 496). Versuche von jüdischen Parteien, arabische Abgeordnete zu

disqualifizieren, wurden in der Vergangenheit vom Obersten Gerichtshof Israels blockiert, der seinerseits versucht, Nichtdiskriminierung als zentrale Norm im Justizwesen zu verankern. Dabei hat er in der Vergangenheit mehrere Grundsatzentscheidungen getroffen, die die individuellen Rechte arabischer Israelis stärken (Jamal 2009, S. 493ff). Jedoch zeigt der Qaadan-Fall, der im Laufe der vorliegenden Untersuchung noch eine Rolle spielen wird, dass das Urteil auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung beruht, nicht dem der Gleichheit aller Bürger, unabhängig von ihrer nationalen, kulturellen oder religiösen Identität (Jamal 2009, S. 501). Die Knesset hingegen hat seit den oben beschriebenen Vorkommnissen im Oktober 2000 verschiedene Gesetze mit negativen Auswirkungen auf den Status und die politischen Rechte der arabischen Minderheit verabschiedet (Jamal 2009, S. 493).

In Bezug auf die politischen Forderungen der arabischen Minderheit stellt Jamal (2011, S. 7) Veränderungen und eine wachsende politische Mobilisierung fest. Die Gründe hierfür sieht er erstens in der Enttäuschung der arabischen Israelis vom vermeintlich liberalen Konzept der Gleichheit innerhalb der jüdischen und demokratischen Definition des Staates; und zweitens dem Aufkommen einer weltweiten arabisch-palästinensischen Elite, die sich der Entwicklungen in Bezug auf die Rechte von Minderheiten auf internationaler Ebene bewusst ist. Ausdruck dieser Veränderungen ist die Rückkehr der ethnonationalen Politik als moralische und politische Grundlage für das Selbstverständnis der arabischen Israelis (Jamal 2011, S. 7), paradoxerweise in einer Zeit, in der die arabische Minderheit bedeutende Fortschritte im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich erfuhr (Mendilow 2012, S. 146).<sup>4</sup>

Die arabischen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Israel, die von 41 Anfang der 1980er Jahre auf 1600 zu Beginn des 21. Jahrhunderts anwuchsen (Gidron et al. 2004, S. 26), vertreten die Rechte der arabischen Bürger in Israel sowie international. Der Schwerpunkt ihrer Forderungen liegt nunmehr auf der Verpflichtung des Staates Israel, die arabische Bevölkerung als indigene Minderheit anzuerkennen und sie mit kollektiven Rechten auszustatten, die sie in Selbstverwaltung umsetzen kann (Jamal 2008, S. 288). Zwar handelt es sich bei der arabischen Minderheit in Israel um eine heterogene Gruppe in Bezug auf den Lebensstil und die Religionszugehörigkeit ihrer Subgruppen. Zur Definition als indigene Minderheit schreibt Jamal jedoch:

---

<sup>4</sup> Über die Ursachen dieses Wandels wird in der Literatur gestritten. Nach Pappé (2011) liegen die Ursachen weder in den sozioökonomischen Unterschieden noch in den politischen Ungleichheiten, sondern in der "unnachgiebigen Feindseligkeit" der israelischen Regierung und des Agierens der jüdischen Mehrheit nach der "unvermeidlichen Logik des Zionismus" (Pappé 2011), was er als *grievances-based model* bezeichnet. Haklai (2011) baut dagegen seine Argumentation auf einem *state-society model* auf und zieht dazu die Liberalisierung der israelischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den 1980er Jahren heran und die damit verbundene Verschiebung der Macht von der Regierung hin zu gesellschaftlichen Institutionen, womit jedoch die Dominanz des Staates Israel durch die jüdische Mehrheit unverändert blieb.

„Nonetheless, it is part and parcel of the Palestinian people, which lost control of its homeland in the 1948 war (...). Therefore, it is an indigenous population that became a national homeland minority in a state that was established against its will and interests” (Jamal 2009, S. 494).

Rückhalt bekamen sie durch die Forderung von Minderheiten weltweit nach kollektiven Rechten sowie internationalen Erklärungen und Abkommen in diesem Bereich (Mendilow 2012, S. 152). Die Forderung nach kollektiven Rechten ersetze jedoch nicht die Forderung nach Gleichberechtigung in Bezug auf die Staatsbürgerschaft, sondern ergänze diese (Jamal 2008, S. 288). Im Gegensatz zum Verständnis des israelischen Staates von Gleichberechtigung als Nichtdiskriminierung und Gleichheit vor dem Gesetz wird Gleichberechtigung von den arabischen Intellektuellen verstanden als uneingeschränktes Recht auf Teilhabe an der Gestaltung des Staates sowie an politischen Entscheidungen (Jamal 2009, S. 503).

Die Überzeugung, dass die Mängel in den Staat-Minderheits-Beziehungen innerhalb des bestehenden Systems nicht korrigiert werden können und Änderungen in den politischen Strategien notwendig sind, wurden von der politischen, zivilgesellschaftlichen und intellektuellen Führung in den *Future Vision Documents* formuliert (Jamal 2009, S. 504). Deren Veröffentlichung in den Jahren 2006 und 2007 stellt für die arabische Bevölkerung eine Zäsur in den Beziehungen zum israelischen Staat dar. Von arabischer Seite verstanden als Einladung zum Dialog, wurden sie von israelischer Seite als Indikator für die Radikalisierung der arabischen Seite interpretiert (Jamal 2009, S. 493). Sie sah die Dokumente als "a declaration of war against the Jewish majority" (Rekhess 2008, S.21) und sich in ihrer Sichtweise bestätigt, dass die arabische Minderheit kein Teil der israelischen Gesellschaft sein will, sondern als Feinde des Staates angesehen werden müssen (Rekhess 2008, S.21). Mit der Forderung, als indigenes Volk mit all seinen Rechten anerkannt zu werden, sah sich die jüdische Mehrheit von der arabischen Minderheit brüskiert, die Israel als IHR Land ansehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Staatsstruktur die Hauptquelle der Spannungen in den Beziehungen zwischen dem israelischen Staat und der palästinensisch-arabischen Minderheit darstellt.

#### **4. Fallbeispiel: Admissions Committee Law**

Das Verhältnis zwischen dem Staat Israel und der arabischen Bevölkerung, das in der vorliegenden Arbeit untersucht wird, manifestiert sich insbesondere in Gesetzen, die das Zusammenleben zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung regeln. Ein Beispiel für ein solches Gesetz ist das *Admissions Committee Law*, das in der vorliegenden Studie als Fallbeispiel dient, um zu untersuchen, wie die Koexistenz zwischen jüdischen und arabischen Israelis in der israelischen Öffentlichkeit diskutiert wird. Bevor die Gründe für die Auswahl des Fallbeispiels erläutert werden, sollen die Eckpunkte des Gesetzes beschrieben

werden.

Das *Admissions Committee Law* gibt Gemeinden, die auf staatlichem Land gegründet wurden, das Recht, eine Auswahlkommission zu gründen, die potentielle Einwohner der Gemeinde auf ihre Eignung prüft (Adalah 2011). Dabei wird eine Praktik gesetzlich verankert, die bereits zuvor von bereits bestehenden Auswahlkommissionen angewendet wurde. Das Gesetz listet als wichtigste Gründe für die Ablehnung von Bewerbern auf, dass die Kandidaten nicht geeignet sind für das soziale Leben in der Gemeinde oder sich als nicht kompatibel mit dem sozio-kulturellen Gefüge in der Gemeinde erweisen (Adalah 2011, S. 2). Eine fünfköpfige Auswahlkommission soll laut Gesetz diese Eignung prüfen. Die Kommission besteht aus zwei Bewohnern der Gemeinde, einem Vertreter der Bewegung<sup>5</sup>, zu der die Gemeinde gehört und einem Vertreter der *Jewish Agency*<sup>6</sup> oder der *World Zionist Organization*<sup>7</sup> sowie einem Vertreter des Regionalrats der Region (Adalah 2011, S. 3).

Nachdem das *Admissions Committee Law* im Jahr 2010 erstmals in den Rechtsausschuss der Knesset eingebracht und dort einstimmig verabschiedet wurde, musste das Gesetz im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens aufgrund öffentlicher Diskussionen verändert werden. Zu den Änderungen zählt die Beschränkung der Gültigkeit des Gesetzes auf Gemeinden mit bis zu 400 Haushalten in der Region Negev und Galiläa. Zudem wurde eine Einschränkung vorgenommen, dass die Auswahlkommission einen Kandidaten nicht aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht, Nationalität oder Behinderung ablehnen darf (Izenberg 2011). Bei der Abstimmung, die am 24.03.2011 um drei Uhr nachts stattfand, waren nur 55 der 120 Abgeordneten der Knesset anwesend. Davon stimmten 35 Abgeordnete für und 20 gegen das Gesetz. Ungewöhnlich ist, dass nur drei Abgeordnete der *Kadima*-Partei anwesend waren, die zu diesem Zeitpunkt die größte Fraktion der Knesset stellte. Zwei der anwesenden *Kadima*-Abgeordneten haben das Gesetz zusammen mit dem Abgeordneten David Rotem der Partei *Yisrael Beiteinu* in das Parlament eingebracht (Khoury & Lis 2010). Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen bewerten das Gesetz als diskriminierend, da es in erster Linie darauf abzielte, Minderheiten und insbesondere arabischen Bürgern den Zugang zu jüdischen Gemeinden zu verwehren. Damit würde das Gesetz der Beziehung zwischen arabischen und jüdischen Israelis schaden (International Crisis Group 2012, Human Rights Watch 2011, Adalah 2012, ACRI 2010).

---

<sup>5</sup> Jede ländliche Gemeinde in Israel ist gesetzlich verpflichtet, sich einer Bewegung anzuschließen. Für mehr Informationen zu den Bewegungen siehe Newman (1986, S. 132).

<sup>6</sup> Die *Jewish Agency for Israel*, gegründet 1929, setzt sich nach eigenen Angaben für die Sicherung einer lebendigen jüdischen Zukunft und einer besseren Gesellschaft in Israel ein. Die *Jewish Agency* war maßgeblich am Aufbau des Staates Israel beteiligt und dient weiterhin als offizielle Verbindung zwischen dem jüdischen Staat und jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt (*Jewish Agency for Israel*, <http://www.jafi.org.il/JewishAgency/English/About>).

<sup>7</sup> Die *World Zionist Organization*, gegründet 1897, ist der Förderung der zionistischen Idee als wichtiges Element des zeitgenössischen jüdischen Lebens verpflichtet (*World Zionist Organization*, <http://www.wzo.org.il/Mission-Statement>).

Die Gründe für die Auswahl des *Admissions Committee Law* für eine Analyse in dieser Studie liegen zum einen darin, dass es sich um ein kontroverses Gesetz handelt, wie es englischsprachige israelische Zeitungen beschreiben (Khoury & Lis 2010; Friedman 2011). Zum anderen bekam das Gesetz internationale Aufmerksamkeit dadurch, dass die Menschenrechtsorganisation *Adalah* das Gesetz als Beispiel diskriminierender Gesetzgebung an Menschenrechtsbeauftragte im US State Department und der Europäischen Kommission weitergab und es in deren Berichten zu Israel aufgenommen wurde (High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security 2012; Bureau of Democracy 2012). Nicht zuletzt berührt das Gesetz mit der Frage, wer seinen Wohnort an welchem Ort wählen darf und ob Bürger das Recht haben zu entscheiden, wer neben ihnen wohnt, den Kern gesellschaftlichen Zusammenlebens.

## 5. Methode

### 5.1 Darstellung der Methode und Vorgehensweise

Ziel der Studie ist es, das Verhältnis zwischen dem israelischen Staat und der arabischen Minderheit theoretisch nachzuvollziehen und die Darstellung der Debatte in den englischsprachigen israelischen Printmedien zu analysieren. Die angemessenste Methode für das Forschungsinteresse ist die Diskursanalyse, denn sie bietet die Möglichkeit, „tatsächliche Verläufe (Diskurse) und ihre Regularitäten, Formen, Strukturen und Akzeptanzbemühungen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen in ihren jeweiligen Singularitäten aufzudecken“ (Jäger 1999, S. 225). Voraussetzung für die Diskursanalyse ist eine gründliche Kenntnis dessen, welches Wissen bereits über den erforschten Gegenstandsbereich vorhanden ist, denn der Diskurs soll vor dem Hintergrund seiner Einbettung in den gesellschaftlichen Kontext analysiert werden (Diaz-Bone 2005, S. 538). Die ausführliche Darstellung des Forschungsstandes in Abschnitt 3 und die sich an die empirische Analyse anschließende Diskussion in Abschnitt 6 soll diesen Anforderungen Rechnung tragen.

Aufbauend auf der Diskurstheorie Michel Foucaults haben sich unter dem Dach der Diskursanalyse unterschiedliche Verfahren entwickelt, zu denen verschiedene Disziplinen ihren Beitrag geleistet haben (Jäger 1999, S. 173). Entscheidend für das methodische Vorgehen sind die Fragestellung und das Erkenntnisinteresse, welche im Rahmen der vorliegenden Arbeit die Auswahl der Toposanalyse nach Wengeler (2003) begründen. In Anlehnung an Woller (2013) dient diese der Makroanalyse der Argumentationsstrukturen und soll durch Elemente der Mikroanalyse nach Matouschek et al. (1995) ergänzt werden.

Die Toposanalyse nach Wengeler untersucht die im Diskurs dominierenden gesellschaftlichen Bedeutungskonstruktionen. Dabei werden „wiederkehrende Aussagen und Argumentationen in einem großen Textkorpus zu einem öffentlichen

Themengebiet (...) erfasst, beschrieben und in ihrer zeitlichen und gruppenspezifischen Verteilung analysiert“ (Wengeler 2003, S. 175). Im Mittelpunkt des Analyseverfahrens stehen Topoi als argumentative Schlussregeln und vom Sprecher hergestellte Sachverhaltszusammenhänge, die Bestandteil kollektiven Wissens sind (Wengeler 2003, S. 262). Ebenso wie der Diskurs-Begriff wird auch der Topos-Begriff in Wissenschaft und Bildungssprache unterschiedlich verwendet, geht aber im vorliegenden Kontext auf die rhetorische Tradition der Beschäftigung mit Topoi nach Aristoteles zurück. Wengeler fasst Topos als eine argumentationsanalytische Kategorie auf, die das Erfassen der überzeugungskräftigen Argumentationen möglich macht, mit denen in öffentlich-politischen Debatten Meinungen, Beschlüsse und Handlungen begründet werden (Wengeler 2003, S. 177f.).

Jede Argumentation besteht aus einem Argument, einer Schlussregel und einer Konklusion. Wengeler erklärt dies wie folgt: „Eine strittige Aussage (die Konklusion) wird dadurch glaubhaft, überzeugend gemacht, dass ein Argument (eine unstrittige Aussage) vorgebracht wird. Deren Überzeugungskraft für die Plausibilität der Konklusion beruht auf der Schlussregel“ (Wengeler 2003, S. 179). Die öffentlich-politische Argumentation zeichnet sich oft durch das Fehlen der Schlussregel und eine mangelnde Explizitheit aus. Der Mehrwert der Toposanalyse besteht darin, aus den vorhandenen Bestandteilen der Argumentation, meist nur des Arguments, interpretativ auf die Schlussregel, den Topos zu schließen (Wengeler 2003, S. 181).

Die Mikroanalyse unterstützt die Toposanalyse und bezieht sich auf sprachliche Besonderheiten, die die Argumentationslinien unterstreichen und verdeutlichen. Diese Arbeit orientiert sich an Matouschek et al. (1995, S. 54ff.), die die Mikroanalyse als Analyse von „Formen der Versprachlichung auf Wort-, Satz- und Textebene“ systematisieren.<sup>8</sup>

Auf der Textebene soll untersucht werden, welche *Primärdiskurse* veröffentlicht werden. Welche Meinungen werden dargestellt, wer wird zitiert und welche Diskursposition, d.h. von welchem politischen Standpunkt wird berichtet? (Jäger & Zimmermann 2010, S. 17) Öffentlich-politische Diskurse seien demnach häufig von einem Wir-Diskurs geprägt, der zwischen der eigenen und der Fremd-Gruppe unterscheidet und die Differenzen zwischen den Gruppen hervorhebt. In diesem empirischen Untersuchungsfall wird nach einer Unterscheidung zwischen der ersten Gruppe, die den israelischen Staat und die Befürworter des Gesetzes umfasst, und der zweiten Gruppe, die die arabische Minderheit und die Gegner des Gesetzes umfasst, gesucht und die sprachliche Darstellung ihrer Argumente untersucht. Besondere Aufmerksamkeit gilt auch gerade der Nicht-Erwähnung einer der beiden Gruppen im Diskursstrang.

Auf Satzebene ist vor allem die semantische Figur der rhetorischen Frage von Bedeutung. Mit der rhetorischen Frage wird ein Mechanismus eingesetzt, der dem

---

<sup>8</sup> Als Kommunikationswissenschaftlerinnen verwenden wir die Mikroanalyse aufgrund sprachwissenschaftlicher Limits nicht als eigenständige Analysemethode, sondern ergänzend zur Makroanalyse, um die dort gewonnen Erkenntnisse zu untermauern.

Leser indirekt eine Meinung vorgibt, ohne dass der Zitatgeber selbst als Autor dieser in Erscheinung treten muss. So ist die Möglichkeit gegeben, Gedanken und Ansichten zu veröffentlichen, ohne selbst Stellungnahme dazu nehmen zu müssen und sich für oder gegen etwas auszusprechen.

Auf der Wortebene sind insbesondere Nomination, Prädikation und grammatikalisch kohäsive Elemente (Personal- und Possessivpronomina) bedeutsam (Matouschek et al. 1995, S. 50ff.). Unter der Kategorie Nomination wird erfasst, welche Gruppen bzw. welche Minderheiten in den Artikeln benannt werden. Es stellt sich die Frage, ob lediglich von der arabischen Minderheit gesprochen wird oder auch andere von dem Gesetz betroffene Minderheiten benannt werden. In welchem Zusammenhang wird dabei von welcher Gruppe gesprochen und wie wird diese charakterisiert?

Die Vorgehensweise besteht darin, in einem ersten Schritt den Diskurskorpus zu erstellen, der sich aus den Artikeln zu einem bestimmten Thema speist, die explizit oder implizit Bezug aufeinander nehmen. In einem zweiten Schritt wird die erste Lektüre eines Teils der Texte vorgenommen und anschließend die Topoi bestimmt, die für die Analyse verwendet werden sollen. Im Unterschied zu inhaltsanalytischen Verfahren, die das Vorkommen von Themen sowie deren positive oder negative Bewertung erfassen und oftmals vor der Textlektüre Hypothesen und Kategorien festlegen, werden bei der Toposanalyse erst nach der ersten Lektüre kontextspezifische Topoi definiert (Wengeler 2003, S. 296). Daher werden anschließend an die erste Lektüre die Topoi im weiteren Verlauf der Auswertung auf den Rest des Diskurskorpus' angewendet und durch neue Aspekte, die in den Texten vorkommen, modifiziert oder erweitert. Quer zu der Auswertung der Topoi stellt sich die Frage, wer bestimmte Topoi in welchem Zusammenhang verwendet. Diese Informationen seien im einzelnen Text zwar nicht zu erkennen, sollen jedoch trotzdem gewonnen werden, schreibt Wengeler (2003, S. 290). Parallel zur Auswertung der Makroanalyse wird die Auswertung der Text-, Satz- und Wortebene der Mikroanalyse vorgenommen. Die drei Ebenen sind eng miteinander verbunden und können nicht lose voneinander betrachtet werden.

## 5.2 Material und Operationalisierung

Der Diskursanalyse liegen die beiden englischsprachigen Online-Ausgaben der *Haaretz* und der *Jerusalem Post* zu Grunde. Die Tageszeitung *Haaretz*, gegründet 1919, ist die älteste bestehende Tageszeitung Israels. Sie gehört zum drittgrößten israelischen Pressekonzern, der *Haaretz-Gruppe*. Zwar hat *Haaretz* eine geringere Auflage als die Konkurrenzblätter, dennoch gilt sie als Medium mit großem Einfluss bei wichtigen Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (Schejter 2004, S. 905). Der Zeitung wird ein großes Prestige zugesprochen, vor allem aber gilt sie als einzige kommerzielle Zeitung Israels, der es gelingt, „[...] sich den Geist von journalistischem Sendungsbewusstsein zu bewahren und die journalistischen Standards nicht dem Populismus zu opfern“ (Katz & Liebes 1996, S. 318). Durch die vielfältige Bevölkerungsstruktur Israels

werden nicht nur hebräische, sondern auch verschiedensprachige Medien, unter anderem eine englischsprachige Ausgabe, produziert.

Unter den englischsprachigen Zeitungen gilt die *Jerusalem Post* als die wichtigste. Die Nachfolgezeitung der *Palestine Post*, die bereits in den Jahren vor der Staatsgründung publiziert wurde, wurde 1989 von der Hollinger Group aufgekauft, die bereits mehrere Zeitungen in der USA und Großbritannien verlegt. Die *Jerusalem Post* entwickelte sich im Lauf der Jahre von einer gemäßigt links-orientierten Tageszeitung zum konservativen Gegenstück der *Haaretz*. 2004 erfolgte ein erneuter Eigentümerwechsel, seitdem wird sie durch den orthodoxen Geschäftsmann Shlomo Ben-Tzvi vermarktet. Genau wie die *Haaretz* zählt sie zu den journalistisch hochwertigen und sehr textlastigen Printerzeugnissen in Israel. Trotz der eher konservativ-liberalen Ausrichtung setzt die *Jerusalem Post* auf ein breites Meinungsspektrum und veröffentlicht zahlreiche Artikel verschiedener Gastautoren.

Mithilfe der Datenbank LexisNexis wurde in beiden Zeitungen nach Artikeln, die das Fallbeispiel aufgreifen, gesucht. Für den Zeitraum von 2010 bis 2013 wurden insgesamt 32 Artikel in der *Haaretz* gefunden und 19 in der *Jerusalem Post*. Nach einer ersten Sichtung wurden bei der *Haaretz* 10 Artikel und bei der *Jerusalem Post* 7 Artikel aussortiert, die das Gesetz nur marginal behandeln. Anschließend wurden die verbleibenden Artikel auf ihre Eignung für die Diskursanalyse hin untersucht und so wurden am Ende 9 Artikel aus der *Haaretz* und 9 Artikel aus der *Jerusalem Post* für die endgültige Untersuchung ausgewählt.

Für die Bestimmung der Topoi wurde in Anlehnung an Wengeler (2003) nach einer ersten Lektüre der Artikel bestimmt, welche Topoi für die empirische Analyse verwendet werden sollen und wie sie definiert werden, „[...] wie sie gegeneinander abgegrenzt und nach welchen Kriterien einzelne Textstellen bzw. „Aussagen“ als ein Vorkommen des jeweiligen Topos aufgefasst werden sollen“ (Wengeler 2003, S. 287). Zu diesem Zweck wurden die in dem Material vorkommenden kontextspezifischen Topoi erfasst und definiert sowie Textbeispiele für die Verwendung des Topos pro und contra des Gesetzes errgänzt. Während der weiteren Textauswertung wurden neue Topoi hinzugefügt und Definitionen verändert. Wurden keine Textbeispiele für die Verwendung eines Topos pro und contra des Gesetzes gefunden, wurde der Topos nur einseitig definiert.

## **6. Empirische Analyse**

### **6.1 Darstellung der Topoi**

In der Diskursanalyse wurden insgesamt 17 verschiedene Topoi herausgearbeitet, deren einzelne Bedeutung jedoch stark variiert. In der nun folgenden

Makroanalyse werden die wichtigsten Topoi ausgewertet und mithilfe der Ergebnisse der Mikroanalyse untermauert. Die Befürworter des Gesetzes verwenden vor allem das Identitäts-, das Kultur-, sowie das Realitätstopos zur Unterstützung ihrer Argumentation, dass das Gesetz gegen Proteste verteidigt werden muss. Alle Topoi argumentieren, dass es einen bestehenden Unterschied zwischen der jüdisch-israelischen Mehrheit und den Minderheitsgruppen im Land gibt und dieser bewahrt und geschützt werden muss. Das Gesetz soll dazu dienen, die Konklusion, dass jüdische Einwohner das Recht haben sollen, darüber zu bestimmen, wer in ihrer Gemeinde wohnt, zu begründen. Dabei wird implizit in normativer Weise von einem Grund, dem besonderen Charakter der Gemeinden auf dem Land, den besonders schwierigen Bedingungen sowie den ethnisch-kulturellen Unterschieden auf eine Folge, nämlich die Notwendigkeit eines Gesetzes, die diese Belastung der jüdischen Gemeinden und seiner Bewohner begrenzt, geschlossen. Die Gegner des Gesetzes argumentieren überwiegend mit dem Fremdenfeindlichkeits- sowie dem Missbrauchstopos. Es wird darauf eingegangen, dass das Gesetz die arabische Minderheit in ihren Rechten diskriminiert und die israelische Mehrheit bevorzugt. Durch die Einschränkung der freien Wohnortwahl wird vom Staat eine räumliche sowie kulturelle Trennung der beiden Bevölkerungsgruppen im Land gefördert, die ein gemeinsames Leben unmöglich macht und die bestehenden Differenzen verfestigt. Des Weiteren wird die Willkür in den Auswahlkommissionen, welche durch persönliche Beispiele untermauert werden, verurteilt.

**Tabelle: Übersicht über ausgewertete Topoi**

<b>Topos</b>	<b>Schlussregel (und ihre Umkehrung)</b>
Der Identitäts-Topos	Weil in den Gemeinden ein (kein) spezifisch jüdischer Gemeinsinn gelebt wird, muss dieser (nicht) beschützt werden.
Der Belastungs-Topos	Weil Gemeinden auf dem Land (nicht) mit Isolation und schwierigen Bedingungen konfrontiert sind, sollte das Gesetz (nicht) dafür sorgen, dass eine Gemeinschaft entstehen kann.
Der Kultur-Topos	Weil jüdische und arabische Israelis unterschiedliche ethnisch-kulturell geprägte Eigenschaften bzw. Mentalitäten haben, sollen sie nicht dazu gezwungen werden, zusammen zu leben (soll das Zusammenleben gefördert werden).
Der Separierungs-Topos (inhaltlich spezifizierte Variante des Kultur-Topos, Verbindung zu Zionismus-Topos)	Weil die gesellschaftliche Fragmentierung in Israel stark ist, dürfen gesellschaftliche Gruppen entscheiden, unter ihresgleichen zu wohnen (dürfen gesellschaftliche Gruppen nicht entscheiden, unter ihresgleichen zu wohnen).
Der Zionismus-Topos	Weil das Zusammenleben zwischen arabischen und jüdischen Israelis der Idee und Praxis des Zionismus / des jüdischen Charakter des Staates Israel nicht förderlich ist, sollte das Gesetz verabschiedet (abgelehnt) werden.
Der Fremdenfeindlichkeits-Topos	Weil das Gesetz die Ablehnung der arabischen Israelis in der jüdischen Bevölkerung fördert, sollte das Gesetz nicht ausgeführt/ abgelehnt werden.

Der Gerechtigkeits-Topos	Weil (nicht) alle Israelis aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum israelischen Staat gleich sind, sollten sie (nicht) gleich behandelt werden.
Der Gesetzes-Topos	(Weil)Obwohl das Gesetz eine Diskriminierung auf Grund von Ethnie, Religion, Geschlecht, Nationalität oder Behinderung verbietet, ist eine diskriminierende Handlung bei der Prüfung durch das Komitee (nicht) möglich.
Der Rechts-Topos	Weil wir uns an die Gesetze/das bestehende/kodifizierte Recht halten sollten, ist eine Entscheidung/Handlung zu befürworten (abzulehnen).
Der Humanitäts-Topos	Weil das Verfahren der Prüfung durch das Komitee mit den Menschenrechten übereinstimmt (ihnen entgegensteht), ist die Prüfung zu befürworten (abzulehnen).
Der Missbrauchs-Topos	Weil das Recht, Kandidaten daran zu hindern, in eine Gemeinde zu ziehen, von den Komitees missbraucht wird, sollte das Gesetz nicht verabschiedet werden bzw. es sollten Maßnahmen gegen den Missbrauch eingesetzt werden.
Der Topos vom menschlichen Nutzen	Weil das Gesetz für das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Gruppen Nutzen (Schaden) erbringt, sollte das Gesetz verabschiedet (abgelehnt) werden.
Der Topos vom politischen Nutzen	Weil die bestehenden Admission Committees unter politischen Gesichtspunkten für den Staat Israel/die jüdische Bevölkerung Nutzen erbringt, sollten sie verrechtlicht werden.
Der Realitäts-Topos	Weil die Wirklichkeit so ist, wie sie ist, sollte das Gesetz beibehalten(abgeschafft) werden
Der Topos aus der Widerspruchsfreiheit	Weil die Gegner des Gesetzes sich für die Rückgabe besetzter Gebiete und einen palästinensischen Staat aussprechen, sollten sie in der Frage der Integration arabischer Israelis auch diese Position einnehmen und sich für eine Separierung aussprechen.
Der Finanz-Topos	Weil die Preise für Grundbesitz steigen, wenn wohlhabende Leute auf dem Land Grundbesitz kaufen, sollte das Gesetz verhindern, dass jede/r in diese Gemeinden auf dem Land ziehen kann.
Der Gefahren-Topos	Weil durch das Gesetz die Möglichkeit besteht, dass Juden in der Diaspora diskriminiert werden, sollte das Gesetz abgelehnt werden.

## 6.2 Diskursanalyse

### ***Der Kultur- und der Separierungs-Topos***

Der bedeutendste Topos, der vor allem von den Befürwortern des Gesetzes angeführt wird, um das Gesetz zu begründen, ist der Kultur-Topos. Er argumentiert auf der Basis der Unterschiede zwischen arabischen und jüdischen Israelis. Die Schlussregel des Kultur-Topos besagt, dass jüdische und arabische Israelis ethnisch-kulturell unterschiedlich geprägt seien und daher das tägliche Zusammenleben zwischen beiden Gruppen nicht möglich sei. *The MK says he supports "building special cities for the Arabs. I don't want them to be mixed with me when I need a kosher neighbor whose house I can eat in" (JP, 04.01.2013)*. Der spezifische Charakter der jüdischen Gemeinden soll unter besonderen Schutz gestellt und ein Zusammenleben von jüdischen und arabischen Israelis per Gesetz abgelehnt werden: *It is appropriate to encourage opportunities for Jews and Arabs to interact and live together, but it is inappropriate to impose this kind of coexistence by law (Haaretz, 30.03.2011)*. Im Zitat spricht der Autor von "*this*

*kind of coexistence*" – daraus wird deutlich, dass das Zusammenleben von jüdischen und arabischen Israelis in einer Gemeinde als etwas Besonderes, in diesem Fall nicht Erstrebenswertes, angesehen wird. Obwohl die arabischen Israelis inzwischen 20 % der Bevölkerung Israels ausmachen, ist es nicht "normal", dass religiös unterschiedliche Gruppen in gemeinsamen Gemeinden leben. *"Are the law's detractors interested in creating endless daily disputes in these communities, for example, over how to mark the Hebrew date the 5th of Iyar, either as Israeli Independence Day or as a catastrophe - Nakba Day?" (Haaretz, 30.03.2011)*. Auf sprachlicher Ebene ist dabei die Besonderheit der wiederholten Verwendung rhetorischer Fragen zu beachten: Insbesondere von den Befürwortern des Gesetzes verwendet, werden die Argumente der Gegner ins Lächerliche gezogen und auf diese Weise wird versucht, die Aussagekraft ihrer Argumente zu schwächen. Die rhetorischen Fragen dienen dem argumentativen Aufbau eines Textes. Durch die quasi-dialogische Form kann der Autor bzw. Zitatgeber implizite Vorurteilsinhalte vermitteln und dabei selbst neutral wirken. Die Gegner, die die arabische Minderheit als einen immanenten Teil des Staates Israel ansehen, widersprechen dem Argument, dass eine Trennung aufgrund von kulturellen Unterschieden erstrebenswert ist: *The 1.5 million Arabs living in this country are an inherent part of the state. The question is (...) whether we can find it in ourselves to tolerate those with a different identity as a legitimate part of our society (JP, 04.11.2010)*.

Die Schlussregel des Separierungs-Topos baut auf den Argumenten der Befürworter auf und besagt, dass gesellschaftliche Gruppen in Israel deswegen entscheiden dürften, unter ihresgleichen zu wohnen: *"I believe that everyone is allowed to choose his neighbors," he says. The Yisrael Beytenu MK explains that the country's Jewish citizens should be allowed to prevent Arabs from coming into their neighborhoods, if they so choose (JP, 04.01.2013)*. *The bill's sponsor, MK Israel Hasson (Kadima), said it is a balance between the equality principle and the freedom and right to choose neighbors in small peripheral communities (Haaretz, 21.06.2011)*. Auf der Wort-Ebene der Analyse zeigt sich zum einen, dass sich der Diskurs stark um den Begriff *community* – Gemeinde, Gemeinschaft – dreht. Die Befürworter des Gesetzes betonen damit ihr zentrales Argument, dass die Dörfer auf dem Land, um die es im Gesetz geht, eine starke Gemeinschaft haben, die es aus ihrer Sicht zu schützen gilt. Zum anderen wird deutlich, dass der begriffliche Gegensatz zwischen jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit, *Jews, Jewish* und *Arabs, Arab* im Diskurs omnipräsent ist, wobei beide Begriffspaare in dem Gesetztext selbst nicht vorkommen.<sup>9</sup>

### **Der Identitäts- und der Belastungs-Topos**

Die Schlussregel des Identitäts-Topos geht insbesondere auf die ländlichen jüdischen Gemeinden ein. Dort werde ein spezifisch jüdischer Gemeinsinn gelebt, der beschützt werden müsse: *"The reason is that [in places with fewer than 400*

---

<sup>9</sup> Mit Ausnahme von *Jewish*, da in dem Gesetzestext festgelegt ist, dass ein Vertreter der Jewish World Agency in der Auswahlkommission vertreten sein muss (Adalah 2011).

*families,] you have a small community" he continues. "You want them to speak to one another, so you want to make sure that there is something to connect them, and you don't want people who are not acceptable to come and sit there and trouble them" (JP, 04.01.2013).* Das Ziel, mit dem Gesetz den spezifischen Charakter ländlicher Gemeinden zu schützen und deren sozialen Zusammenhalt aufrecht zu erhalten, ist das bedeutendste Argument für das Gesetz und wurde auch in die Erläuterungen zum Gesetzestext aufgenommen.

Diese Gemeinden auf dem Land seien darüber hinaus mit schwierigen Bedingungen konfrontiert, weshalb die Erhaltung und Förderung der Gemeinschaft von besonderer Bedeutung sei, so die Schlussregel des Belastungs-Topos. Als schwierig werden die Abgeschiedenheit und die rauen geographischen und klimatischen Bedingungen genannt: *"The communities in which the committees operate are the ones in the periphery, she says, and it is important to have a group that meshes well, to deal with the sometimes harsh conditions and isolation in those areas" (JP, 04.01.2013).*

Diese Gemeinden müssen jedoch nicht nur vor den schwierigen Bedingungen bewahrt werden, sondern vor allem vor der Bedrohung von außen – anderen kulturellen Einflüssen. [...] *some of these communities are still rewriting admission regulations in order to "preserve their Jewish and Zionist character" (Haaretz, 16.12.2010).* Der jüdische und zionistische Charakter der Gemeinden wird von den Autoren herangezogen, um deren Besonderheit zu betonen und den Unterschied zu der arabischen Minderheit deutlich zu machen. Auch bei diesem Argumentationsstrang werden rhetorische Fragen eingesetzt, die eine Abwertung der "fremden" Kultur enthalten und somit die eigenen Werte und Traditionen stärken: *"In my opinion, every Jewish community should have at least one Arab. What would happen if my refrigerator stops working on Shabbat?" (Haaretz, 24.03.2011).* Die Betonung der unterschiedlichen Identitäten ist eines der Hauptargumente für das Gesetz und die Anwendung der *admission committees* in den Gemeinden. Es wird immer wieder betont, dass Bewerber für eine Gemeinde auf ihre "Passgenauigkeit" hin untersucht werden müssen. [...] *to reject candidates according to 'suitability to the community's fundamental outlook' [...] (Haaretz, 28.10.2010),* denn nur so könne die Eigenart der Gemeinde und deren sozialer Zusammenhalt erhalten werden.

Über den spezifisch jüdischen Charakter der Gemeinden hinaus begründen die Befürworter des Gesetzes die Maßnahme als wichtig, um den jüdischen Charakter des Staates Israel sowie den Zionismus als eine seiner Gründungstraditionen zu fördern. *Also, the fact that only Jewish communities in the North and South would be obliged to have admissions committees was in keeping with Zionism's pioneering tradition of building Jewish settlements in the country's remote areas, according to Rivlin (JP, 03.02.2011a).* Bei dem Gesetz gehe es weniger um juristische Feinheiten, sondern um die Rolle des Zionismus in der israelischen Gesellschaft. [...] *that the fight is less over the legal niceties and more about the role of Zionism in Israeli society (JP, 04.01.2013).*

Die Gegner des Gesetzes nutzen die gleichen Topoi, um die Schlussregeln und die Konklusionen der Befürworter in Zweifel zu ziehen oder ihnen zu widersprechen. So bestreiten die Gegner vor allem den spezifischen Charakter der Gemeinden. *If a community had a special character, things might be different, he suggests. However, the communities establishing committees, many of them close to large cities, are no different from other suburbs (JP, 04.01.2013)*. Darüber hinaus wird in Zweifel gezogen, dass es den besonderen Gemeinsinn in den betroffenen Gemeinden wirklich gäbe. *Joubran also took aim at the state's vague descriptions of the need for harmony in the communities, inquiring if there was "any research" showing that in the communities "everything is perfect and there are no fights" among the residents (JP, 05.12.2012)*. Auch das Argument der schwierigen Rahmenbedingungen der Gemeinden auf dem Land sehen die Gegner als nicht gegeben an. *However, some critics allege, the harshness of latter-day settlement is not as it once was in the early days of the state (JP, 04.01.2013)*. Darüber hinaus beklagen die Gegner, dass eine räumliche Trennung der ethnischen Gruppen vom Parlament gebilligt werden würde. *Amnon Be'eri-Sulitzeanu and Mohammad Darawshe, directors of The Abraham Fund Initiative, said the law "establishes a mechanism of ethnic segregation between Jewish and Arab citizens of Israel under the auspices of the Knesset" (JP, 24.03.2011)*.

Sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern des Gesetzes dreht sich die Sprache der Argumentationen maßgeblich um die Begriffe Gemeinde, Gemeinschaft, Nachbarschaft, sozialer Zusammenhalt, schützen, bewahren, spezieller und einzigartiger Charakter. Die Begriffswahl verdeutlicht hier das inhaltliche Argument, dass den jüdischen Gemeinden auf dem Land eine wichtige Bedeutung zukommt, und es gilt, diese vor Eindringlingen zu schützen.

### ***Der Fremdenfeindlichkeits- und der Gerechtigkeits-Topos***

Der Fremdenfeindlichkeits-Topos wird ausschließlich von den Gegnern des Gesetzes genutzt, um ihre Ablehnung damit zu begründen, dass die Prüfung von Kandidaten durch die Auswahlkommissionen diskriminierend sei, weil sie Minderheiten ausschließe und dem Gleichheitsgrundsatz aller Bürger widerspreche: *Arab and left-wing MKs charged that the bill was racist and aimed to prevent Arabs from being accepted in Jewish communities, even though the land is state-owned (JP, 28.10.2011)*. Jedoch werden in diesem Zusammenhang nicht nur die arabische Minderheit als Betroffene angesehen, sondern auch die anderen Bevölkerungsgruppen genannt: *Critics of the admission committee law, which would apply to communities in the north and south with up to 400 families, have said the provisions could be used to bar weaker demographic groups, including Arabs, immigrants, same-sex couples and single-parent families, from being accepted as residents (Haaretz, 24.03.2011)*. Damit in Verbindung steht der Gerechtigkeits-Topos, der stark normativ geprägt und „eines der wichtigsten und häufigsten Muster der Alltagsargumentation überhaupt“ ist (Kienpointner 1992, S. 294). Demnach seien alle Israelis aufgrund ihrer

Zugehörigkeit zum israelischen Staat gleich, und sie seien deshalb gleich zu behandeln. *It's one of the state's main obligations to provide citizens with equal opportunity to make a home for themselves (JP, 03.02.2011b).*

Die Sprache des Fremdenfeindlichkeits-Topos ist geprägt von Begriffen wie Arabisch, Diskriminierung, Minderheit, gleich(berechtigt), Bürger sowie negativen Verben, die die Diskriminierung und Ungleichbehandlung gegenüber den arabischen und anderen Minderheiten ausdrücken: [...] *the legislation would harm not only Israel's Arab citizens, but a range of underprivileged groups including Jews of Mizrahi origin, single mothers and gay parents. [...] Sana and Tibi described the bill as a racist attempt to prevent Arabs from living in Jewish communities (Haaretz, 28.10.2010).* Die Gegner zitieren hier auch den Abgeordneten David Rotem, der das Gesetz eingebracht hat, mit einem sarkastischen Einwurf in einer parlamentarischen Debatte, der zeigt, wie herablassend hier mit arabischen Israelis umgegangen wird. [...] *that despite his wish to bar Arabs from living with Jews in a yishuv, "one Arab is useful to have around" if one needs to turn the light on or off on Shabbat (JP, 03.02.2011b).* Auffällig ist, dass keine deutliche sprachliche Abgrenzung in eine Eigen- und eine Fremdgruppe stattfindet, wie es oft der Fall ist in *Diskursen der Differenz* (Matouschek et al. 1995). Zwar werden die "Opfer" des Gesetzes aufgezählt, aber es findet keine Solidarisierung sowie Identifizierung durch die meisten Autoren mit den Betroffenen statt. Lediglich in einem Fall findet durch die Verwendung des Personalpronomens "wir" - eine sprachliche Identifikation mit der palästinensisch-arabischen Minderheit statt. Mohammad Darawshe von *The Abraham Fund Initiative* wird mit der Aussage zitiert: *We are an indigenous minority who live in a democratic country, and as such demand our rights according to the standards of democratic states (JP, 02.06.2011).*

### **Der Missbrauchs- und der Humanitäts-Topos**

Die Schlussregel des Missbrauchs-Topos sagt, dass das Recht der Auswahlkommissionen, Kandidaten daran zu hindern, in eine Gemeinde zu ziehen und insbesondere die genannten Kriterien von den Auswahlkommissionen missbraucht werden würden und daher das Gesetz nicht verabschiedet werden sollte, bzw. es sollten Maßnahmen gegen den Missbrauch eingesetzt werden. *According to Ari Singer, the law is indeed used capriciously to discriminate against anybody the committee members do not like (JP, 04.01.2013).* *The petitioners responded with a number of arguments, ranging from saying that the criteria used by the communities are too vague and liable to abuse (JP, 05.12.2012).* Der Schlussregel des Humanitäts-Topos zufolge verletze das Verfahren der Prüfung durch die Auswahlkommission die Menschenrechte, weil sie die Würde der Menschen angreife und aus diesem Grund die Prüfung abzulehnen sei: *Supreme Court President Justice Dorit Beinisch criticized the in-depth investigation that these admission committees carried out, stressing the breach of privacy by psychological examinations (JP, 03.02.2011b).* Diesen Schlussregeln widersprechen die Befürworter des Gesetzes nicht. Im Fall des

Missbrauchs-Topos gibt es sogar Stimmen, die der Möglichkeit des Missbrauchs zustimmen: *All arguments over Zionism and racism and the nature of the State of Israel aside, everybody admits that there is a possibility of these committees being misused. Even Rotem concedes this possibility. It may be, he says, that "the rules are not working because people are playing with them, because they don't want somebody to come into their town. It's a possibility" (JP, 04.01.2013).*

Die Argumentation basiert auf Begriffen wie Prozess, Kriterien, Vereinbarkeit, Akzeptanz, Auswahl. Die Begriffe machen deutlich, dass es um einen administrativen Vorgang geht, dem sich ein Kandidat zu unterziehen hat, bevor er in eine Gemeinde ziehen darf oder nicht. Es fällt auf, dass viel indirekte Rede genutzt wird, da Zeugen für den Auswahlprozess angeführt werden. In der *Jerusalem Post* werden als Zeugen für den erniedrigenden und willkürlichen Prozess allerdings keine arabischen Israelis angeführt, sondern zwei jüdische Israelis. Im ersten Zitat wird insbesondere auf die soziale Stellung des Zeugen eingegangen: *The committees are just capricious, says Rabbi Dan Marans, the director of the Tzomet Institute, an organization that manufactures "kosher" hi-tech gadgetry for the IDF, hospitals and the private sector that can be used on Shabbat. Marans is an influential and beloved figure in the national-religious community. His personal status, however, was not enough to prevent a community to which he applied from rejecting him due to his age. The people on the committees, he says, "don't necessarily represent the views of the people who live in the village. It's just a way for people who don't have strength and don't have positions" to assert themselves (JP, 04.01.2013).* Als Beleg für die Willkür des Prozesses nimmt die *Jerusalem Post* eine Zeugenaussage eines Vorsitzenden einer Auswahlkommission auf, die dieser für die Petition der NGOs ACRI und *The Abraham Fund Initiative* gegen das Gesetz vor dem Obersten Gerichtshof gegeben hat: *In another affidavit, Eliyahu Stern, a resident of the communal village Ya'ad who chaired the local committee, details the selection process. Stern states that very often, the committee rejects applicants because of a sudden caprice by a member. Stern also says that in most cases, the evaluation institutes act mainly as a rubber stamp for the committees, and do not screen applicants based on local requirements (JP, 24.03.2011).*

### **Der Realitäts-Topos**

Die Schlussregel des Realitäts-Topos zeigt, dass die Gegner und die Befürworter des Gesetzes die Wirklichkeit als verschieden wahrnehmen und den Gesetzestext unterschiedlich interpretieren. Der Realitäts-Topos bezieht sich auf die Frage, ob das Gesetz lediglich die derzeitige Situation festschreibe. *"The law permits us to uphold priorities that we have lived by the past 100 years," he said citing in particular the "national mission" of populating the Galilee and Negev" (Haaretz, 03.02.2011).* Es wird argumentiert, dass jeder das Recht hätte, sich auszusuchen, wer in seiner Gemeinde lebt und dass durch das Gesetz dieser Auswahlprozess geregelt sei und nicht gegen Gesetze und Menschenrechte verstoße: *The bill's sponsor, MK Israel Hasson (Kadima), said it is a balance between the equality*

*principle and the freedom and right to choose neighbors in small peripheral communities (Haaretz, 21.06.2011).* Die Befürworter betonen die Bedeutung des Gesetzes für die Entwicklung und den Schutz der Gemeinden und kritisieren die Gegner für deren Proteste und Klagen beim Obersten Gerichtshof: *One of the bill's sponsors, David Rotem of Yisrael Beiteinu, said in response: "I am not ignoring improper disqualification of people, but such concerns cannot prevent the Knesset from dealing with a situation in which development of communities is blocked" (Haaretz, 24.03.2011).* Wie bereits in Abschnitt 3 dargestellt, leben seit der Gründung Israels im Jahr 1948 die jüdische Mehrheit und die arabische Minderheit in ständigen Konflikten und in verschiedenen Regionen. Obwohl die arabische Minderheit per Gesetz gleichgestellt ist, wird sie in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens benachteiligt. Diese Diskriminierung sehen die Gegner nun mit diesem Gesetz verrechtlicht.

### **Der Beispiel-Topos**

Ein hinter den bisher genannten Topoi in seiner Bedeutung zurückstehender, aber für die Gegner des Gesetzes bedeutsamer Topos ist der Beispiel-Topos. Die Schlussregel besagt, dass das Recht, in eine jüdische Gemeinde zu ziehen, das der Oberste Gerichtshof im sogenannten Qaadán-Fall einem arabisch-israelischen Paar zugesprochen hat, dazu führen sollte, dass es in allen Fällen möglich sein sollte, in eine jüdische Gemeinde zu ziehen. Die Gegner des Gesetzes argumentieren auf dieser Grundlage, dass das Gesetz die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes aus dem Qaadán-Fall umgehen würde: *Ten years ago, the High Court ruled in a landmark case that Adel and Iman Kaadan, an Israeli-Arab couple from the town of Baka al-Gharbiya whom ACRI was representing, could not be barred from moving into the Jewish community of Katzir due to their ethnicity. ACRI is using this precedent in its current suit (JP, 04.01.2013). They also claim that the law circumvents past High Court decisions forbidding the creation of villages for Jews only (JP, 24.03.2011).*

Über die genannten relevantesten Topoi hinaus gibt es eine Reihe weiterer Topoi, die jeweils nur von einer Seite und singulär verwendet werden, um wichtigere Topoi zu stützen.

### **6.3 Vergleichende Betrachtung**

Im Vergleich der *Jerusalem Post* und der *Haaretz* zeigt sich, dass in der *Haaretz* die Argumente der Befürworter des Gesetzes (dass das Gesetz der Wirklichkeit in Israel entsprechen würde und nicht diskriminierend sei, weil der Gesetzestext eine Diskriminierung verhindern würde) eine größere Rolle spielen als in der *Jerusalem Post*. Dies ist nicht erstaunlich, da die Artikel überwiegend in der Rubrik *News* erschienen sind und zumeist von den beiden Autoren Jack Khoury und Jonathan Lis verfasst wurden. Lediglich zwei relevante Meinungsartikel, welche jedoch beide von eindeutigen Gegnern des Gesetzes verfasst sind, wurden in der *Haaretz* veröffentlicht. Die Argumente der Gegner (das vom Gesetz genehmigte Auswahlverfahren für Gemeinden könne missbraucht werden und

verletze die Würde der Kandidaten) spielen in der *Haaretz* nur eine untergeordnete Rolle. Im Gegensatz dazu wurden in der *Jerusalem Post* eine Reihe von Meinungsartikeln sowie ein Feature zu dem untersuchten Gesetz veröffentlicht. Bei den Meinungsartikeln wurden zwei Artikel von NGO-Vertretern geschrieben, jeweils einer von *The Abraham Fund Initiatives* und *ACRI*, die als Gegner des Gesetzes den Meinungsartikel nutzen, um ihre Ablehnung des Gesetzes zu verdeutlichen. Ein weiterer Meinungsartikel wurde extern verfasst, der Autor Jeremy Sharon ist ein Wissenschaftler, der für eine Reihe von Think Tanks gearbeitet hat und sich ebenfalls gegen das Gesetz ausspricht.

Auf der Seite der Befürworter des Gesetzes bekommt die Sichtweise des Abgeordneten Rotem, der das Gesetz eingebracht hat, besonderes Gewicht, da ein Feature über ihn in der *Jerusalem Post* veröffentlicht wurde. Insgesamt zeigt sich, dass die *Jerusalem Post* im Gegensatz zur *Haaretz* mehr Formate nutzt, um über das Thema zu schreiben und auch externen Autoren das Wort gibt. Betrachtet man die sprachliche Gestaltung der Argumentationsstränge in beiden Zeitungen, so wird ein einheitlicher Sprachgebrauch sichtbar. Die Worte arabisch, jüdisch, Gemeinschaft, Identität, diskriminierend und umstritten kennzeichnen den Diskurs um das *Admission Committee Law* und werden sowohl von Befürwortern als auch Gegnern verwendet.

## 7. Diskussion

Ziel der Untersuchung war es, den veröffentlichten Diskurs über die Politik gegenüber der arabischen Minderheit anhand des *Admissions Committee Law* in englischsprachigen israelischen Tageszeitungen zu erfassen und zu erkennen, welchen Stellenwert die ethnische Minderheit im Land und in der Politik hat. Das 2011 verabschiedete *Admissions Committee Law* regelt das Zusammenleben zwischen israelischer Mehrheit und arabischer Minderheit und gibt Gemeinden unter 400 Haushalten in der Region Galiläa und Negev das Recht, durch *Admissions Committees* Bewerber nach ihrer Eignung für das Leben in der Gemeinde zu prüfen und gegebenenfalls abzulehnen.

Die empirische Analyse des medienvermittelten Diskurses über das Gesetz hat ergeben, dass die gesamte Berichterstattung in der *Haaretz* mit 32 Artikeln wesentlich umfangreicher war als in der *Jerusalem Post*. In beiden Zeitungen überwog die journalistische Gattung der Nachricht und des Berichts, gefolgt von Meinungsartikeln. Letztere sind im Diskurskorpus, der 18 Artikel umfasst, aufgrund ihrer Eignung für die Diskursanalyse überproportional vertreten. In der *Haaretz* kommen Befürworter und Gegner des Gesetzes in etwa gleichen Teilen zu Wort, während in der *Jerusalem Post* die Stimmen der Gegner überwiegen, ganze Meinungsartikel wurden von NGOs verfasst. Auf Seiten der Befürworter werden in beiden Zeitungen Abgeordnete des Mitte-Rechts-Spektrums zitiert sowie Vertreter der israelischen Justiz. Auf Seiten der Gegner werden hauptsächlich Vertreter von

NGOs zitiert, wobei sich diese, und das ist auffällig, auf sprachlicher Ebene nicht mit der arabischen Minderheit identifizieren. Es wird von "der arabischen Minderheit" gesprochen und somit eine Distanz zwischen Autor und Minderheit geschaffen. Personalpronomen wie *wir*, *uns*, *unser* fehlen und verhindern eine sprachliche Verbindung und Identifizierung mit der Eigengruppe. Seltener werden Abgeordnete der arabischen Parteien erwähnt, nicht aber deren Teilhabe am Gesetzgebungsprozess thematisiert.

Auch wenn das Gesetz nicht ausschließlich die arabische Minderheit betrifft, so wird der Zusammenhang in der Berichterstattung jedoch eindeutig hergestellt. Die arabische Minderheit ist in der Mehrzahl der Überschriften der Artikel genannt und über das Gesetz wird insbesondere im Zusammenhang mit anderen diskriminierenden Gesetzen gegen die palästinensisch-arabische Minderheit berichtet, vor allem dem *Nakba Law*<sup>10</sup>, das in der gleichen Parlamentssitzung verabschiedet wurde.

Von den Befürwortern wird das Gesetz mit dem Schutz der jüdischen Gemeinden und ihrer Identität begründet und der Ausschluss der Bevölkerungsgruppe der arabischen Israelis nicht thematisiert. Die jüdischen Gemeinden seien Teil der Tradition des Zionismus und das Gesetz Sorge dafür, dass der jüdische Charakter des Staates auf der Ebene des täglichen Zusammenlebens reflektiert werde und erhalten bleibe. Von Seiten der Gegner wird das Gesetz im Wesentlichen als Angriff auf den demokratischen Charakter des Staates Israels bewertet und Demokratie als die Rechtsform verstanden, die die Gleichheit aller Bürger garantiert. Da die Gegner das Gesetz vorwiegend als Versuch eines Ausschlusses der arabischen Minderheit verstehen, rücken sie die Fremdenfeindlichkeit des Gesetzes in Form einer Diskriminierung auf Basis der Ethnie in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Positive Argumente, die beispielsweise auf Verständnis und Dialog zwischen beiden Bevölkerungsgruppen zielen, finden in der Berichterstattung von keiner Seite Erwähnung.

Vor dem Hintergrund des in Abschnitt 3 dargelegten Forschungsstandes zeigt sich, dass sich im medienvermittelten Diskurs über das Gesetz der Konflikt über den Charakter des israelischen Staates als *jewish state* oder als *state for all its citizens* wiederfindet. Von israelischer Seite findet sich der Vorwurf an die arabische Minderheit wieder, ihre Forderungen seien nicht gerechtfertigt, da sie ausreichend Ressourcen und Rechte erhielten. Von Seiten der arabischen Minderheit ist auffällig, dass weder auf historischer Ebene (Argument: die arabische Minderheit habe schon immer auf dem Land gelebt), noch auf politischer Ebene (Argument: die arabische Minderheit besitze keine Gestaltungsmöglichkeiten im Parlament), argumentiert wird. Auch wird keine Einbettung in einen allgemeinen Diskurs über die Diskriminierung der arabischen Minderheit in verschiedenen Lebensbereichen vorgenommen oder Bezug genommen auf die Forderung der arabischen

---

<sup>10</sup> Das *Nakba Law* verbietet die staatliche Förderung für Institutionen, die das Gedenken an den Tag der *Nakba*, den von Seiten der arabischen Minderheit als *Katastrophe* bezeichneten Unabhängigkeitstag der Israelis, feiern.

Minderheit nach Gewährung kollektiver Rechte. Die Tatsache, dass hauptsächlich NGO-Vertreter von Seiten der arabischen Minderheit zu Wort kommen, entspricht den Aussagen der Literatur über die Bedeutung der arabischen NGOs in Israel. Das Ergebnis der Analyse auf Wort-Ebene, dass deren Vertreter sich mit der arabischen Minderheit nicht identifizieren, erstaunt dagegen. Ein möglicher Grund dafür ist, dass die NGOs auf der Basis von Bürger- und Menschenrechten argumentieren, insbesondere mit Verweis auf die Gleichheit aller und die Menschenwürde, und eine Parteinahme aus ihrer Sicht diese Argumentation schwächen würde.

Im Hinblick auf die theoretischen Perspektiven aus Abschnitt 2 lässt sich konstatieren, dass im medienvermittelten Diskurs über das Gesetz die ethnische und kulturelle Zugehörigkeit jüdischer und arabischer Israelis eine wichtige Rolle spielt und eine Grenzziehung auf Basis des kulturellen Bewusstseins der Mitglieder, in diesem Fall vor allem der jüdischen Bevölkerungsgruppe, erfolgt. So zeigt sich, dass sich in den jüdischen Gemeinden in der Vergangenheit charakteristische Formen des Zusammenlebens auf Basis jüdischer Traditionen ausgebildet haben, auf die weiter Bezug genommen wird. In dem Diskurs zeigt sich auch deutlich, dass es sich bei der arabischen Minderheit um eine unfreiwillige Minderheit handelt, die die Interaktion der jüdischen Mehrheit mit ihr als diskriminierend empfindet. Der untersuchte Diskurs ist ein Diskurs der Exklusion, es geht um die kulturelle Abgrenzung und die räumliche Trennung von Bevölkerungsgruppen. Interaktionen auf individueller Ebene oder Inklusionsbemühungen werden nicht thematisiert.

Der Sichtweise auf die Beziehung zwischen Mehrheit und Minderheit in Israel liegt vor allem der Zionismus als ideologische Überzeugung zugrunde, aus dem die Forderung nach dem Schutz des jüdischen Gemeinns vor Bedrohung von außen abgeleitet wird. Diese Überzeugung hat im vorliegenden Fall praktische Auswirkungen auf rechtliche Fragen der Gleichberechtigung und Diskriminierung in Bezug auf den verfügbaren Wohnraum. Die normative Frage nach der Gleichstellung aller Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf den Zugang zu Ressourcen wird dabei von jüdischer und arabischer Seite unterschiedlich interpretiert. Von israelischer Seite ist es im vorliegenden Fall gerechtfertigt, wenn beide Bevölkerungsgruppen getrennte Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, von arabischer Seite sollen es die gleichen Ressourcen sein. Die Frage nach der Staatsbürgerschaft und den damit verbundenen Privilegien und Rechten der arabischen Minderheit ist dabei im untersuchten Diskurs der Frage nach dem jüdischen Charakter des Staates untergeordnet, die, wie oben beschrieben, den zentralen Streitpunkt zwischen arabischen und jüdischen Israelis darstellt, was sich auch in der empirischen Analyse gezeigt hat. So lange diese Frage nicht gelöst ist, werden sich alle darauf aufbauenden Probleme nicht klären können und sich das Verhältnis zwischen jüdisch-israelischer Mehrheit und arabisch-palästinensischer Minderheit nicht bessern.

Die Medien spielen für den untersuchten Diskurs eine entscheidende Rolle: Die Zeitungen dienen Befürwortern und Gegnern des Gesetzes als Kommunikationskanal, um ihre Sichtweisen und Argumente darzulegen und einen größeren Diskurs innerhalb der Minderheits- wie der Mehrheitsgesellschaft zu erzeugen. Dies scheint ihnen gelungen zu sein, die umfangreiche Berichterstattung über das Gesetz ist ein Hinweis darauf. Die Zeitungen legen aber auch fest, welche Akteure, Argumente und Meinungen an die Öffentlichkeit gelangen. So sind Aussagen darüber, welche Themen und Aspekte zu Wort kommen oder nicht vor dem Hintergrund des journalistischen Selektionsprozesses zu sehen und nicht unbedingt den Akteuren selbst zuzuschreiben. Die Auswahl der Akteure durch die Medien zeigt im vorliegenden Diskurs einen starken Fokus auf Eliten, wobei Bürger oder Betroffene nur von israelischer, nicht aber von arabischer Seite zu Wort kommen.

Aufbauend auf diese Studie würde sich im Hinblick auf die genannten Aspekte eine Analyse der hebräischen Tageszeitungen anbieten, da diese den inländischen Diskurs in höherem Maße abbilden. Sinnvoll wäre zudem eine Erweiterung der Untersuchung um Experteninterviews aus Politik, Medien und NGOs, um den gesellschaftlichen Rahmen der Medienproduktion und den gesellschaftlichen und politischen Alltag im Kontext besser einschätzen zu können.

## Bibliografie

- ACRI - The Association for Civil Rights in Israel (2010). *Knesset 2010 Winter Session: Expectations and Concerns*. <http://www.acri.org.il/pdf/knesset031010en.pdf>.
- Adalah - The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel (2011). (No. 8), 5771-2011, unofficial translation by Adalah.
- Adalah - The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel (2012). *New Discriminatory Laws and Bills in Israel*. [http://adalah.org/Public/files/English/Legal\\_Advocacy/Discriminatory\\_Laws/Discriminatory-Laws-in-Israel-October-2012-Update.pdf](http://adalah.org/Public/files/English/Legal_Advocacy/Discriminatory_Laws/Discriminatory-Laws-in-Israel-October-2012-Update.pdf).
- Adoni, H., & Cohen, A. A., & Caspi, D. (2002). The consumer's choice: Language, media consumption and hybrid identities of minorities. *Communications*, 27(4), 411–436.
- Al-Haj, M. (1993). The Impact of the Intifada on Arabs in Israel: The Case of Double Periphery. In A. A. Cohen & G. Wolfsfeld (Hrsg.), *Framing the Intifada: People and Media* (S. 64-75). Norwood: Ablex.
- Auswärtiges Amt (2013). *Israel*. [http://www.auswaertiges\\_amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01Nodes\\_Uebersichtsseiten/Israel\\_node.html](http://www.auswaertiges_amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01Nodes_Uebersichtsseiten/Israel_node.html).
- Avraham, E. (2003). Press, Politics, and the Coverage of Minorities in Divided Societies: The Case of Arab Citizens in Israel. *The Harvard International Journal of Press/Politics*, 8(4), 7-26.
- Bureau of Democracy, Human Rights and Labor (2012). *Country Reports on Human Rights Practices for 2012. Israel and The Occupied Territories*. Hrsg: United States Department of State. <http://www.state.gov/documents/organization/204575.pdf>.
- Diaz-Bone, R. (2005). Diskursanalyse. In L. Mikos & C. Wegener (Hrsg.), *Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch* (S. 538–552). Konstanz: UTB.
- Friedman, R. (2011). Top court to state: Justify new law on 'admission committees'. Critics of highly controversial legislation passed by Knesset in March say it will ultimately lead to segregation. *Jerusalem Post*, 21.06.2011.

- Frisch, H. (2011). *Israel's Security and Its Arab Citizens*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ghanem, A. (2012). Palestinians in Israel. The Victory of Discourse vs. the Retreat of Politics. *The Middle East Journal*, 66(2), 361-368.
- Gidron, B., & Bar, M., & Katz, H. (2004). *The Israeli Third Sector. Between Welfare State and Civil Society*. Boston, MA: Springer.
- Gorenberg, G. (2008). Think Again: Israel. Israel Is a Jewish State. *Foreign Policy*, 08.10.2008, [http://www.foreignpolicy.com/articles/2008/04/10/think\\_again\\_israel](http://www.foreignpolicy.com/articles/2008/04/10/think_again_israel).
- Haklai, O. (2011). *Palestinian ethnonationalism in Israel*. Philadelphia: Universtiy of Pennsylvania Press.
- High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security (2012). *Implementation of the European Neighbourhood Policy in Israel Progress in 2011 and recommendations for action*. Hrsg.: European Commission. [http://ec.europa.eu/world/enp/docs/2012\\_enp\\_pack/progress\\_report\\_israel\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/docs/2012_enp_pack/progress_report_israel_en.pdf).
- Human Rights Watch (2011). *Israel: New Laws Marginalize Palestinian Arab Citizens*. [www.hrw.org/print/news/2011/03/30/israel-new-laws-marginalize-palestinian-arab-citizens](http://www.hrw.org/print/news/2011/03/30/israel-new-laws-marginalize-palestinian-arab-citizens).
- International Crisis Group (2012). *Back to Basics: Israel's Arab Minority and the Israeli-Palestinian Conflict* (Middle East Report N°119). <http://www.crisisgroup.org/en/regions/middle-east-north-africa/israel-palestine/119-back-to-basics-israels-arab-minority-and-the-israeli-palestinian-conflict.aspx>.
- Izenberg, D. (2011). Amended Bill would take some of communities' power to reject applicants. *Jerusalem Post*, 03.02.2011.
- Jäger, S. (1999). *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. Duisburg: DISS (DISS-Studien).
- Jäger, S., & Zimmermann, J. (Hrsg.) (2010). *Lexikon kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste*. Münster: Unrast (Edition DISS, 26).
- Jamal, A. (2008). The counter-hegemonic role of civil society: Palestinian-Arab NGOs in Israel. *Citizenship Studies*, 12(3), 283-306.
- Jamal, A. (2009). The Contradictions of State-Minority Relations in Israel: The Search for Clarifications. *Constellations*, 16(3), 493- 508.
- Jamal, A. (2011). *Arab minority nationalism in Israel. The politics of indigeneity*. London: Routledge.
- Karsh, E. (2013). Israel's Arabs: deprived or radicalized? *Israel Affairs*, 19(1), 2-20.
- Katz, E., & Liebes, T. (1996). Israel. In I. Hamm (Hrsg.), *Verantwortung im freien Medienmarkt – Internationale Perspektiven zur Wahrung professioneller Standards* (S. 306-336). Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Khoury, J., & Lis, J. (2010). Knesset panel okays bill letting small communities bar Arabs. *Haaretz*, 28.10.2010.
- Kienpointner, M. (1992). *Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*. Stuttgart-Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog.
- Κlein, M. (2010). *The shift. Israel-Palestine from border struggle to ethnic conflict*. London: Hurst & Company.
- Matouschek, B., & Wodak, R., & Januschek, F. (1995). *Notwendige Massnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz*. Wien: Passagen-Verlag.
- Mendilow, J. (2012). Israel's Palestinian Minority. From 'Quietism' to Ethno-nationalism. *Israel Studies Review*, 27(1), 142-160.
- Newman, D. (1986). Functional Change and the Settlement Structure in Israel. A Study of Political Control, Response and Adaptation. *Journal of Rural Studies*, 2(2), 127-137.
- Pappé, I. (2011). *The forgotten Palestinians. A history of the Palestinians in Israel*. New Haven, Conn: Yale University Press.
- Peleg, I., & Waxman, D. (2011). *Israel's Palestinians. The conflict within*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pfetsch, B. (1999). „In Russia we were Germans, and now we are Russians" - dilemmas of identity formation and communication among German-Russian Aussiedler. Discussion Paper FS III 99-103. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

- Pfetsch, B., & Weiß, H.-J. (2000). Die kritische Rolle der Massenmedien bei der Integration sozialer Minderheiten. Anmerkungen aus einem deutsch-israelischen Forschungsprojekt. In H. Schatz, C. Holtz-Bacha & J.-U. Nieland (Hrsg.), *Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk* (S. 116–126). Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Reiter, Y. (2009). *National minority, regional majority. Palestinian Arabs versus Jews in Israel*. Syracuse, NY: Syracuse University Press.
- Rekhes, E. (2007). In the Shadow of National Conflict: Inter-group Attitudes and Images of Arab and Jews in Israel. *TriQuarterly*, 131(1), 206-236.
- Rekhes, E. (2008). *The Arab Minority in Israel: An Analysis of the 'Future Vision' Documents*. American Jewish Committee. New York.
- Rosenthal, C. (2000). Zur medialen Konstruktion von Bedrohung. Die Rolle der Medien im Migrationsdiskurs. In H. Schatz, C. Holtz-Bacha & J.-U. Nieland (Hrsg.), *Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk* (S. 196-206). Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Schejter, A. (2004). Medien in Israel. In Hans-Bredow-Institut (Hrsg.), *Internationales Handbuch Medien 2004/2005* (S. 905-911). Baden-Baden: Nomos-Verlag.
- Schmidt-Matern, B. (2009). Fremde im eigenen Land. Israels arabische Minderheit. *Deutschlandradio*, 30.06.2009. <http://www.dradio.de/aktuell/990949/>.
- Schneider, J. (2009). *Migration und Integration in Israel*. <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/127377/migration-und-integration-in-israel?p=all>
- Trebbe, J. (2009). *Ethnische Minderheiten, Massenmedien und Integration. Eine Untersuchung zu massenmedialer Repräsentation und Medienwirkungen*. Wiesbaden: VS.
- Wengeler, M. (2003). *Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960 - 1985)*. Tübingen: Niemeyer.
- Woller, A. (2013). *Transformation der Geschlechterverhältnisse in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Eine feministische Diskursanalyse der Arbeitsmarktintegration emiratischer Frauen*. Berlin: Frank & Timme.

#### **Artikel Haaretz:**

- Knesset panel okays bill letting small communities bar Arabs, 28.10.2010.
- Bill to let Israeli towns screen applicants for residency moves forward, 03.02.2011.
- Knesset passes two bills slammed as discriminatory by rights groups, 24.03.2011.
- Silence over Nakba Law encourages racism, 25.03.2011.
- It isn't for the state to promote Arab-Jewish coexistence, 30.03.2011.
- High Court orders Israeli government to explain discrimination in town admissions, 21.06.2011.
- Head to Head / Tzipi Livni, is Netanyahu afraid of rabbis?, 30.06.2011.
- Israeli AG defends controversial law on admissions panels, 26.01.2012.
- Israeli towns continue to rewrite bylaws to keep Arabs out, 16.10.2012.

#### **Artikel Jerusalem Post:**

- Knesset panel advances bill allowing small communities to reject applicants for 'social unsuitability.' Arab MKs storm out of meeting, calling the legislation racist, 28.10.2010.
- The proposed loyalty oath and citizenship law will not win the loyalty of Arab citizens, but disaffect them further, 04.11.2010.
- Amended Bill would take some of communities' power to reject applicants, 03.02.2011a.
- Good neighbors, bad neighbors, 03.02.2011b.
- NGOs to petition against 'racist laws'. Bill sponsor Rotem: Israel is Jewish and democratic, not a state of all its citizens, 24.03.2011.
- A word on your Arab citizens, 02.06.2011.
- Top court to state: Justify new law on 'admission committees'. Critics of highly controversial legislation passed by Knesset in March say it will ultimately lead to

segregation, 21.06.2011.

- 9 High Court justices hear historic discrimination case. Rights groups say law blocks housing for Arabs, gays, disabled in 434 Negev and Galilee communities, 05.12.2012.
- What will the neighbors say?, 04.01.2013.

### **Autorinnen**

*Johanna Hartung (BA) studiert im Master-Programm Medien und Politische Kommunikation an der Freien Universität Berlin und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Kommunikationsprozessen in afrikanischen Ländern. Zuvor absolvierte sie ihren B.A. in Politik- und Verwaltungswissenschaft an den Universitäten Konstanz und Warwick (UK).*

*Email: johanna.hartung@fu-berlin.de*

*Patricia Lange (BA) studiert im Master-Programm Medien und Politische Kommunikation an der Freien Universität Berlin. Zuvor absolvierte sie ihren B.A. in Politik- und Kommunikationswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.*

*Email: patricia.lange@fu-berlin.de*